

Mitgliederversammlung der Ständigen Kulturpolitischen Konferenz (SKK) 18. September 2020 von 12.00 Uhr bis 16.00 Uhr im Karl-Liebnecht-Haus – Ergebnisprotokoll (kurz)

Tagesordnung:

1. Verständigung über einen Antrag an den Bundesparteitag auf der Grundlage des aktuellen Positionspapiers der SKK „Kultur krisenfest und nachhaltig gestalten“
2. Neuwahl der Sprecher*innen der BAG SKK
3. Wahl der/des Delegierten für den nächsten Parteitag
4. Wahl der/des Datenschutzbeauftragten
5. Berichte aus den Landesarbeitsgemeinschaften, Fraktionen und weiteren Gremien
6. Verständigung zur weiteren Arbeitsweise der SKK (Fortsetzung bzw. Wiederaufnahme der Arbeit in den Landesarbeitsgemeinschaften? Öffentlichkeitsarbeit u.a.)
7. Weitere Arbeitsplanung 2020/2021, Termine
8. Sonstiges

Top 1: Anträge

Unser Antrag an den Bundesparteitag zu gendergerechter Schreibweise und Sprache wurde fristgemäß am 17. September eingereicht. Der endgültige Text ging allen vorab per Mail zu.

Wir haben uns entschieden, keinen Antrag zum Bundesparteitag auf der Grundlage des aktuellen Positionspapiers der SKK einzureichen, wie ursprünglich geplant, sondern einen **Änderungsantrag zum Leitantrag** einzubringen. Erste Vorschläge dafür wurden diskutiert. **Ein Entwurf wird Anfang Oktober auf einer Videokonferenz debattiert. Antragsfrist ist der 13. Oktober.**

Top 2, 3 und 4: Wahlen

Eine Wahlkommission wurde gewählt. Alle Wahlvorgänge fanden nach vorheriger Abstimmung öffentlich statt.

Wahl der Sprecher*innen der BAG SKK

Als Sprecher*innen kandidierten Imke Elliesen-Kliefoth, Magdalena Depta-Wollenhaupt, Annette Mühlberg und Eva-Maria Glathe-Braun. Kathrin Senger-Schäfer und Katja Mitteldorf stellten sich nicht mehr zur Wahl. Die vier Kandidatinnen wurden einstimmig im Block gewählt

Wahl der Delegierten für den Bundesparteitag

Als Delegierte für den Bundesparteitag kandidierte Magdalena Depta-Wollenhaupt und Imke Elliesen-Kliefoth als Ersatzdelegierte. Beide Kandidatinnen wurden einstimmig gewählt.

Wahl der/des Datenschutzbeauftragten

Annette Mühlberg hat die Aufgabe der Datenschutzbeauftragten in der Vergangenheit kommissarisch übernommen und stellte sich nun der Wahl. Sie wurde einstimmig gewählt.

Top 5: Berichte

Annette informierte über die **Auswertung der Kulturwerkstatt 2019**. Es gibt ein ausführliches Protokoll mit ergänzenden Texten: <https://skk.die->

LAG Kultur Berlin: Anfang des Jahres fand eine Beratung zur Soziokultur in Berlin statt. Gast war Jörg Fügmann, Geschäftsführer der Brotfabrik. Ferner ist eine Veranstaltung zum bedingungslosen Grundeinkommen in Planung. Bedauerlich sei, dass das kulturpolitische Engagement in Berlin seitens der Partei nicht stärker öffentlichkeitswirksam genutzt werde.

LAG Kultur Baden-Württemberg: Der Aufbau einer Landesarbeitsgemeinschaft stellte sich zunächst als langwierig heraus. In Vorbereitung auf die Landtagswahl wird klar, dass Kulturpolitik gebraucht wird und ein Umdenken stattfindet. Die LAG leistete beim Landtagwahlprogramm Zuarbeit und plant eine kulturpolitische Weiterbildung. Derzeit sind im Bereich der kulturellen Bildung Einsparungen vorgesehen, gegen die sich DIE LINKE wendet. Eine Konsequenz aus Corona ist – wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Geld für Kultur. DIE LAG möchte sich ferner mit dem bedingungslosen Grundeinkommen beschäftigen, das für Künstler wichtig wäre.

LAG Kultur Hessen: Die LAG ist in der Corona-Krise aktiv, tagt regelmäßig per Videokonferenz, gewinnt neue Mitglieder und plant einen Antrag für den Landesparteitag einzureichen, in dem ein „Federal Art Project“ – wie zu Zeiten des New Deals – gefordert wird. Ende 2020 ist eine Veranstaltung zum 250. Jubiläum von Beethoven in Kooperation mit der Landtagsfraktion geplant. Des Weiteren ergab eine Kleine Anfrage, die im hessischen Landtag von der LINKEN gestellt wurde, dass im Bereich der ästhetisch-künstlerischen Bildung in Haupt- und Realschulen mehr fachfremde Lehrkräfte unterrichten, als vergleichsweise in Gymnasien. Dieses Ungleichgewicht soll Ausgangspunkt für eine Anhörung im Landtag sein.

Bundestagsfraktion: Wichtiges Thema ist die Krisensituation der Soloselbständigen. Hierzu hat DIE LINKE sowohl einen Antrag wie auch einen Entschließungsantrag eingebracht. Parteiüberreifend sind sich die Kulturpolitiker einig, dass der erleichterte Zugang zur Grundsicherung keine wahre Hilfe für Soloselbständige ist. Die Kulturmilliarde zur Unterstützung der kulturellen Infrastruktur bedarf der Evaluierung und wird kritisch begleitet. Die Corona-Krise führt die Krisenanfälligkeit der Kulturlandschaft vor Augen und macht deutlich, dass die Verankerung von Kultur im Grundgesetz zwingend, und ein stärkeres Kooperationsgebot notwendig ist.

Zwei Gesetzesvorhaben werden DIE LINKE beschäftigen: Die Überführung der BSTU ins Bundesarchiv und die Anpassung der Urheberrechtsrichtlinien an nationales Recht. Während DIE LINKE für open access plädiert, sehen sich einige Künstler*innen ihrer Rechte beraubt. Gefragt wurde nach der **Positionierung zum Humboldtforum und speziell zu den Benin-Bronzen**. DIE LINKE im Bundestag fordert, die Restitution von Kulturgütern aus kolonialen Kontexten auf eine gesetzliche Ebene zu bringen. Im speziellen Fall der Benin Bronzen gibt es bislang keine öffentliche Positionierung der LINKEN.

Brandenburg: Durch Corona kam in der Kultur vieles zum Erliegen. Probleme entstehen durch Haushaltssperren, denn Kultur ist bekanntlich eine freiwillige Leistung was zur Folge hat, dass nichts ausgegeben wird, was nicht vertraglich festgelegt wurde. Die BAG Kommunalpolitik überlegt gemeinsam mit der Bundestagsfraktion und der Rosa-Luxemburg-

Stiftung wie man verschiedene Aktivitäten bündeln kann. Ein Punkt stellt dabei Kultur dar. Genauer sei ein „Kulturpool“ geplant.

Bundesvorstand: Der Antrag für Ausstellungen im KL-Haus wurde vom PV bestätigt. Zur Organisation der Ausstellungen wurde eine Arbeitsgruppe gebildet. Aktuell wird eine Ausstellung zur extremem Rechten vorbereitet, die schon in der Vergangenheit geplant war. künftig wird es aber verschiedene Kunstaustellungen geben.

Gefragt wurde, **warum die Veranstaltung von Gesine „Gedrucktes“ gestrichen wurde?** Das Argument sei Geld gewesen, denn tatsächlich müsse die Partei sparen. **Es wurde vereinbart, den neuen Bundesvorstand abzuwarten und zu schauen ob die Veranstaltung gerettet werden bzw. neu aufgelegt werden kann.**

In der Diskussion bemängelten mehrere den Umgang der Bundespartei mit Kunst und Kultur. **Es wurde vereinbart in der SKK den Umgang der Partei mit Kunst und Kultur zu thematisieren, und dazu auch Künstler*innen einzuladen – ein Punkt für die Arbeitsplanung.**

Ferner wurde vorgeschlagen, jeweils einen Bericht der SKK an den Parteitag zu verfassen und einmal in der Wahlperiode einen Tagesordnungspunkt zur Kultur und der Arbeit der SKK im PV anzuregen.

Top 6: Wie weiter mit der SKK?

Magdalena schlug vor, dass wir stärker inhaltlich über kulturpolitische Themen diskutieren sollten. Die Kulturwerkstatt war hierzu ein guter Auftakt an den wir anknüpfen sollten. Das Thema Kulturförderung ist zwar sperrig, aber sehr wichtig wie auch der Stellenwert von Kultur in der Gesellschaft. Dieser Aspekt ist wichtig, um die Relevanz von Kultur in der Bundespartei zu unterstreichen. Eine weitere Frage betrifft, unsere Haltung zu Kulturschaffenden – sehen und sprechen wir sie als Prekäre an oder müssen wir stärker differenzieren? Viele Kulturschaffende begreifen die prekären Beschäftigungsverhältnisse in der Kultur als normal. Als Problem wurde benannt, dass auch Techniker*innen zur Kreativwirtschaft gehören, jedoch oft nicht gesehen und vergessen werden.

Annette hatte im Vorfeld die Frage aufgeworfen, ob wir künftig weiter als bundesweite BAG mit LAG's arbeiten sollten oder uns auf die Arbeit als fachpolitisches Beratungsgremium beschränken sollten, wie es in der Anfangsphase der SKK einmal gewesen ist. Diese Frage ist angesichts der Situation in vielen LAGs sicher berechtigt. Annette schlug vor, mit der Antwort bis zur nächsten Mitgliederzählung zu warten. Wir hatten im Mai 2019 nochmals 366 Mitglieder (Datenstand Ende 2018) gemeldet und dafür auch ein Delegiertenmandat zum nächsten Parteitag erhalten. Neu gemeldet werden müssen die Mitglieder wieder im Frühjahr 2021. Zur Vorbereitung müssen wir die LAGs nach ihrer Mitgliederzahl befragen und sollten dann auch danach fragen, ob sie weiterarbeiten bzw. die Arbeit wieder aufnehmen wollen. Im Anschluss sollten wir neu entscheiden.

In der Diskussion wurde vereinbart, erst im Frühjahr 2021 neu über die Arbeit der SKK und den Umgang mit „ruhenden“ LAGs und deren Mitgliedern zu entscheiden.

Annette informierte des Weiteren, dass eine Entscheidung der Mitgliederversammlung zur Aufnahme unserer Mitglieder in das neue Mitgliederprogramm der LINKEN nötig ist.

Was das neue Mitgliederprogramm betrifft ist derzeit noch einiges unklar. Ein wesentliches Problem für die Bundesarbeitsgemeinschaften und Zusammenschlüsse ist der Umgang mit Sympathisant*innen.

Die mehrheitliche Auffassung in der Diskussion war, dass nur die Parteimitglieder der SKK Eingang in das Mitgliederprogramm der Partei finden sollten. Aber auch was die Meldung der BAG an den Bundesvorstand überhaupt betrifft, gab es Fragen danach, welche Angaben denn in diesem Programm erfasst werden. Natürlich muss die Partei für die Bestimmung von Delegiertenmandaten wissen, wieviel Parteimitglieder in der BAG sind, aber ist es rechtens weitere Informationen herauszugeben, Adressen, Telefonnummern? **Es wurde vereinbart, diese offenen Fragen an den Datenschutzbeauftragten der Partei weiterzugeben. Unsere Hauptfrage lautet dabei, welche Daten der Bundesarbeitsgemeinschaften können in das Mitgliederprogramm der LINKEN eingespeist werden. Auch sollte dieses Probleme in der nächsten Beratung mit dem Bundesgeschäftsführer angesprochen werden.**

Top 7: Weitere Arbeitsplanung

Eingangs wurde die Frage nach dem **Umgang mit Beschlüssen der Kulturwerkstatt 2019** diskutiert. Dort wurde z.B. vereinbart, dass wir uns für **Kultur als Pflichtaufgabe** einsetzen – offen aber blieb wie. Einvernehmlich wurde in der Werkstatt festgehalten: Es geht um das **Staatsziel Kultur** und um die **Gemeinschaftsaufgabe Kultur im Grundgesetz**, statt des Kooperationsverbots brauchen wir ein **Kooperationsgebot**, und es geht um die **Pflichtaufgabe Kultur**. Eine kleine Arbeitsgruppe wurde beauftragt, ein verständliches Papier zu diesen Themen zu schreiben. Das Papier sollte auf einer der nächsten Beratungen der SKK beschlossen werden. Das ist bisher nicht geschehen. Und **zum Thema Pflichtaufgabe wurde eine gemeinsame Debatte mit der BAG Kommunalpolitik angeregt. Auch in der Bundesarbeitsgemeinschaft sollte das Thema Soziokultur in einer der Beratungen im neuen Jahr behandelt werden.** Die Frage lautet, ob wir bei diesen Beschlüssen bleiben? Des Weiteren müssen wir beraten, wann unsere Themen auch auf einem Parteitag behandelt werden können. Kultur sollte auch bei diesem Anlass zum Thema gemacht werden.

In der Diskussion konnten nicht alle aufgeführten Punkte behandelt werden.

Einvernehmen bestand darin, dass wenn wir tatsächlich solche Papiere zum Kulturföderalismus, zur Pflichtaufgabe usw. verfassen wollen, dies zunächst mit den Fraktionssprecher*innen beraten werden muss. Daher lautet die Bitte, dies auf der nächsten Beratung der Sprecher*innen der Fraktionen zu behandeln.

Unterschiedliche Auffassungen gab es dazu, wie sinnvoll Papiere überhaupt sind und ob wir uns nicht stärker auf konkrete Aktivitäten und Aktionen für Künstler*innen und Kulturschaffende konzentrieren sollten, statt Papiere zu schreiben.

Fazit der Debatte war, dass wir beides tun sollten und vor allem auch neue/andere Formen der Öffentlichkeitsarbeit nutzen wollen.

In einer Veranstaltung der SKK sollten wir zum Thema Kunst und Politik diskutieren und dazu Künstler*innen verschiedener Sparten einladen. Terminvorschlag: Ende November.

Darüber hinaus wurde angeregt im nächsten Jahr im Rahmen des Wahlkampfes eine Werkstatt zu machen mit einem kulturpolitischen Thema, das mit der Wahlstrategie korreliert, z.B. rechte Kultur, Friedensthematik.

Vorgeschlagen wurde des Weiteren, dass wir künftig auch außerhalb von Berlin beraten und Kulturbetriebe besichtigen. Wir könnten auch alle unsere Positionspapier in einem Papier zusammenfassen, das ergäbe eine wichtige Quelle.

Für die Öffentlichkeitsarbeit wurden folgende Festlegungen getroffen:

Wir erstellen einen **Flyer** mit Informationen über unsere Bundesarbeitsgemeinschaft.

Wir lassen ein **Video** mit Statements zu Kultur in der Corona-Krise produzieren. Bis Anfang Oktober wird ein Vorschlag für das Video erarbeitet, Beratung darüber in der geplanten Videokonferenz im Oktober.

Zusätzlich produzieren wir eine **kleine Broschüre** mit unserem Positionspapier zu Kultur und Corona. Auch dafür wird bis Anfang Oktober ein Vorschlag erarbeitet.

Termine:

Die vorgesehenen mindestens vierteljährlichen Beratungen der Sprecher*innen der SKK werden – solange kein Impfstoff gegen das Corona-Virus da ist – per Videokonferenz durchgeführt.

Die nächste Videokonferenz findet Anfang Oktober, vor dem 13. Oktober statt – Themen: Änderungsantrag zum Leitantrag für den Bundesparteitag, Öffentlichkeitsarbeit: Video, Flyer, Broschüre, Thema der darauffolgenden Beratung Ende November. Ein Terminvorschlag wird rumgeschickt.

Ende November weitere Videokonferenz – Auswertung Parteitag, evtl. Beratung zur VA „Kunst und Politik“, Entscheidung darüber auf Videokonferenz im Oktober.

F.d.R. Annette Mühlberg und Magdalena Depta-Wollenhaupt